

Pressemitteilung

2 / 2016

Vorsitzender

Dr. Christopher Dietz
Bahnhofstr. 1 A
65552 Limburg
fraktion.limburg@cduplus.de

Limburg | 12. Februar 2016

CDU: Ortsbeiräte nachhaltig aufwerten

Die Kompetenzen der Ortsbeiräte sollten deutlich ausgeweitet werden. Dies delegierte mehr Entscheidungen direkt in die Stadtteile zurück. Hierzu hat die CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag gestellt.

Laut der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) sind die Ortsbeiräte „Hilfsorgane des Magistrats“. Das bedeutet, dass sie sich zu Fragen, die die Stadtteile betreffen, äußern und eigene Vorschläge machen können – insbesondere dann, wenn es sich um finanziell relevante Angelegenheiten handelt. Doch: Letztlich bleiben die Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten.

„Diese Umstände sind für die Mitglieder der Ortsbeiräte nicht zufriedenstellend“, macht Manuel Barfuss (CDU), Stadtverordneter und Ortsbeiratsmitglied in Eschhofen, deutlich. Nicht selten dränge sich die Frage auf, wofür man in den Ortsbeiräten Zeit und Energie opfere, „wenn doch ohnehin in Limburg alles entschieden wird“. Gerade auch angesichts der Schwierigkeiten, Bürger für das ehrenamtliche politische Arbeiten zu gewinnen, müsse man die Beiräte in ihrer Einfluss- und Entscheidungsbefugnis deutlich aufwerten, sie zu echten und lokal sichtbaren Entscheidungsträgern weiterentwickeln. Und die Gemeindeordnung gibt diesen neuen Zuschnitt eindeutig her, wenn der politische Wille vorhanden ist, denn „weitere Aufgaben können dem Ortsbeirat widerruflich von der Gemeindevertretung übertragen werden“ (§ 82 Abs. 1 HGO).

„Das Ziel unseres Antrags ist es, nicht nur die finanzielle Ausstattung der Ortsbeiräte auszuweiten, sondern auch die Entscheidungswege direkter, unbürokratischer und schneller zu machen“, so Barfuss weiter. „Schnellere und unmittelbarere Entscheidungswege führen außerdem zu mehr direkter Verantwortung für die Entscheider vor Ort.“

Mit eigenen Finanzmitteln könnten Zuständigkeiten direkt in den Stadtteilen wahrgenommen werden: „Man könnte die Entscheidungen über die Anschaffung von Spielgeräten, die Gestaltung öffentlicher Flächen (zumal der Grünflächen), die Beschilderung der Straßen, die Neuanlage oder Erweiterung der Straßen- und Wegebeleuchtung, die Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der Anschaffung notwendiger Geschwindigkeitsmessanlagen problemlos den Ortsbeiräten anvertrauen“, so Barfuss. „Warum soll das alles immer den Umweg über die Stadtverordnetenversammlung nehmen?“

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Der Antrag der CDU beinhaltet die Anregung, eine geeignete Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, in der Vertreter der Ortsbeiräte, der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats und der städtischen Verwaltung konkrete Vorschläge erarbeiten sollen. So könnte bereits im Herbst des Jahres mit der Beratung und Umsetzung der Vorschläge begonnen werden.